

Kammer Konversation mit Christine Neumann-Martin MdL, CDU

Kein Verständnis für Ungleichbehandlung

Obwohl die Kammer Konversation zwischen Dr. Torsten Tomppert, Präsident der LZK BW, und der gesundheitspolitischen Sprecherin der CDU, Christine Neumann-Martin, nur online stattfinden konnte, kam es zwischen den Gesprächspartnern zu einem sehr lebendigen Austausch. Aufgrund der aktuellen Situation stand zunächst das Thema Impfen im Mittelpunkt, das aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchtet wurde. Anschließend stellte die junge Politikerin gesundheitspolitische Themen der CDU für die Zeit nach der Landtagswahl vor und nahm Hinweise, die Dr. Tomppert mit Blick auf die Themen der Zahnärzteschaft platzierte, interessiert zur Kenntnis.

Dr. Torsten Tomppert: Frau Neumann-Martin, ich freue mich sehr, dass es mit unserem Gespräch klappt, wenn auch nur online. Lassen Sie uns mit einem aktuellen Thema beginnen. Von der Coronaimpferverordnung sind wir Zahnärztinnen und Zahnärzte ja zweifach betroffen, als Mediziner und als zu Impfende. Dort sind wir offiziell in die zweite Prioritätengruppe eingeordnet worden.

Christine Neumann-Martin: Zunächst halte ich es für wichtig und richtig, dass die Generation ab 80 zuerst geimpft wird. Sie ist aufgrund ihres Alters die besonders vulnerable Risikogruppe. In meinem Wahlkreis musste ich mehrfach erfahren, wie es diesen Menschen in den Alten- und Pflegeheimen vor Weihnachten ergangen ist. Ich finde es zudem aber auch richtig, dass Zahnärztinnen, Zahnärzte und ihr Personal eine ebenso hohe Priorisierung erhalten. Denn sie gehören aufgrund der Tätigkeiten, bei denen viele Aerosole entstehen, zur höchsten Priorisierungsgruppe, auch unter den Ärzten.

Leider ist es aber im Moment nicht einfach, sich impfen zu lassen. Ich habe versucht, einen Termin für einen betagten Nachbarn zu bekommen, das ist mir bisher noch nicht gelungen. Zudem gibt es Probleme mit dem Nachschub der Impfstoffe.

Und sollte es dann wieder genug Impfdosen geben, könnte es mit

dem Personal knapp werden. Da kommen wir Zahnmediziner hoffentlich ein zweites Mal ins Spiel. Im Dezember hatten sich mehr als 600 Zahnärztinnen und Zahnärzte gemeldet, um in den Impfzentren des Landes mitzuarbeiten. Die Liste mit den Kontaktdaten liegt dem Sozialministerium vor. Momentan sind wir aber eher eine Art „stille Reserve“.

Diese Information nehme ich gerne mit und ich hoffe, dass wir bald genug Impfstoff haben, um alle zu impfen, die das möchten. Bis dahin müssen wir noch viel Aufklärung leisten, damit sich möglichst viele Impf-Unwillige für eine Impfung entscheiden. In der Aufklärung, auch über Fragen zum Impfstoff hinaus, sehe ich eine wichtige Aufgabe der Politik.



Angesichts der Pandemie zeigt sich eine wichtige Aufgabe der Zahnärzteschaft. Allerdings gibt es unterschiedliche Meinungen zur Bedeutung der Arbeit von Ärzten und Zahnärzten. Wie denken Sie darüber?

Die Systemrelevanz der Zahnmedizin erachte ich auf jeden Fall als gegeben, gerade aufgrund der medizinischen Grundversorgung, die sie gewährleistet. Was sich andere Entscheidungsträger in der Politik für ein Bild von Zahnärzten machen, kann ich nicht beurteilen. Aber meine Haltung dazu ist ganz klar: Die Ungleichbehandlung der Zahnmedizin im Vergleich mit anderen Medizinbereichen, zum Beispiel bei den staatlichen Hilfen, kann ich nicht nachvollziehen.

Bei der Verteilung von Schutzausrüstung durch das Land ist die Zahnärzteschaft ebenfalls ausgeklammert worden, und das bei zeitweise stark gestiegenen Kosten. Auch in diesem Jahr könnte Schutzausrüstung wieder Mangelware werden. Können wir mit Ihrer Unterstützung rechnen?

Was die Sicherstellung einer ausreichenden Menge an persönlicher Schutzausrüstung betrifft, so muss auf jeden Fall zeitnah darüber gesprochen und entschieden werden. Als gesundheitspolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion erachte ich das für essenziell notwendig und versichere Ihnen, mich dafür einzusetzen.

Am 14. März ist Landtagswahl. Uns interessiert natürlich besonders die Gesundheitspolitik im Land. An welchen Stellschrauben werden Sie im Falle einer weiteren Regierungsbeteiligung der CDU drehen?

Als CDU-Fraktion haben wir natürlich zahlreiche Punkte, die wir in der nächsten Legislaturperiode umsetzen möchten: Gemeinsam mit dem Bund wollen wir – auch wegen der Erfahrungen in der Pandemie – den Öffentlichen Gesundheitsdienst weiter stärken und insbesondere die ärztliche Tätigkeit bei den Gesundheits-

ämtern attraktiver machen. Bei der Weiterentwicklung der Krankenhausplanung gilt es, den Versorgungsbedarf der Bevölkerung besser abzubilden und ambulante und stationäre Angebote stärker zu verzahnen.

In meinem Wahlkreis in Ettlingen wohnen viele ältere Menschen, für die ich mich für Verbesserungen in der Pflege, der Tagespflege und für die vielen pflegenden Angehörigen einsetzen möchte. Nicht zuletzt wollen wir dem drohenden Ärztemangel im Land entgegentreten und die auf Bundesebene angestoßenen Maßnahmen zur Digitalisierung im Gesundheitswesen kraftvoll unterstützen.

Wie beurteilen Sie denn dann das Potenzial von Videosprechstunden oder Telekonsilien für die zahnärztliche Versorgung?

Die Digitalisierung bietet zweifellos auch in der Zahnmedizin großes Potenzial, aber nur als zusätzliche Möglichkeit, nicht verpflichtend. Entscheidend ist vielmehr, dass die Digitalisierung den Menschen dient und hilft. Es kann nicht darum gehen, den direkten Kontakt zwischen Arzt und Patient zu beschränken oder gar zu ersetzen. Meine Oma ist deutlich über 90 und wäre mit einer Videosprechstunde völlig überfordert. Ziel muss deshalb immer sein, mit der Digitalisierung zusätzliche Services zu schaffen. Wir wollen, dass dadurch neue Freiräume für eine zugewandte, sprechende Medizin entstehen.

Sie haben den drohenden Ärztemangel angesprochen, der sich besonders in ländlichen Regionen abzeichnet. Eine Ursache dafür sehen wir in den investorengeführten Medizinischen Versorgungszentren, den MVZ. Wie beurteilen Sie diese Entwicklung?

Die Konzentration von zahnmedizinischen Versorgungszentren in Ballungsräumen und städtischen Randlagen schwächt die Versorgung in der Fläche, das sehen wir kritisch. Zudem halten wir es für

selbstverständlich, dass für alle Anbieter zahnmedizinischer Leistungen die gleichen Regeln zur Berufsausübung gelten müssen.

Solche MVZ entwickeln oft einen regelrechten Sog und ziehen Mediziner in die Städte. Wir möchten deshalb junge Menschen verstärkt zur Niederlassung im ländlichen Raum motivieren. Als Lösung stellen wir uns vor, dass die Famulatur in Landzahnarzt-



Foto: F. Kraif

Christine Neumann-Martin, gesundheitspolitische Sprecherin, CDU.

praxen absolviert werden könnte. Außerdem richten wir derzeit eine neue Abteilung ein, mit Angeboten zur Niederlassungsberatung.

Gerade die Niederlassungsberatung halte ich für elementar wichtig. Sie kann verhindern, dass man sich aus Unwissenheit gegen den ländlichen Raum entscheidet. Studierende sind dem ländlichen Raum doch nicht per se abgeneigt. In einer Umfrage der KZV BW erklärten 44 Prozent der angestellten Zahnärzte im Südwesten, dass für sie nichts gegen eine Niederlassung in einer ländlichen Gegend spreche. 54 Prozent der Befragten nannten allerdings eine ganze Reihe von Argumenten gegen eine Existenzgründung auf dem Land. Gerade junge Mediziner schätzen eine gute Work-Life-Balance mit Arbeit und Freizeit. Und sie möch-

ten wissen, wie die Wohnsituation ist, ob ihr Partner oder ihre Partnerin Arbeit findet und wie es mit der Kinderbetreuung in Kitas und Schulen aussieht. Damit sind dann auch die wesentlichen Handlungsfelder beschrieben, um eine Niederlassung in ländlichen Gebieten attraktiv zu machen.

Ich meine ja, dass für viele Interessierte eine Niederlassung auch wegen der enormen Bürokratie unattraktiv ist. Im Rahmen von Praxisbegehungen werden alle mehr als 5000 Zahnarztpraxen im Land durch verschiedene Ämter regelmäßig geprüft. Die Anforderungen, zum Beispiel an Hygiene oder die Sicherheit von Röntengeräten, sind enorm hoch – und dadurch auch die Kosten. Aufgrund der häufigen Prüfungen könnte man schon fast von einer Misstrauenskultur gegenüber den Zahnärzten sprechen.

Es erschließt sich mir nicht, wieso hier ein so hohes Misstrauen besteht. Sie haben einen medizinischen Beruf und sind für uns Bürger da. Und sie gehören zur Grundversorgung und haben sehr gute Arbeit geleistet. Vielleicht steckt dahinter die Mentalität der „Schwäbischen Hausfrau“. Niemand hat doch etwas gegen Kontrolle, aber hier werden alle in eine Ecke gestellt und müssen beweisen, dass sie dort nicht hingehören. Ich verstehe uns viel mehr als Partner im Gesundheitswesen.

Liebe Frau Neumann-Martin, vielen Dank für das tolle Gespräch.

Gerne – und ich hoffe, dass wir uns irgendwann auch einmal persönlich begegnen werden, nicht nur wie heute über den Bildschirm. Bleiben Sie gesund!

Zur Person

Christine Neumann-Martin/CDU

Fachpolitische Sprecherin für Gesundheitspolitik, Drogen- und Suchtpolitik, Jugendpolitik
 - im Landtag seit März 2016
 - verheiratet, ein Kind